

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX1/47

Bonn, den 9. März 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Alarmierende Feststellungen	42

Bedrohliche Entwicklung am Wohnungsmarkt

2 - 3	Plötzliche Inflation in Energieplänen	104
-------	---------------------------------------	-----

Die Regierung vor die Entscheidung gestellt

4 - 5	Bereits 20 000 bis 30 000 Chinesen in Nordvietnam	95
-------	---	----

Taktik von Hanoi und Peking: "Locke den Feind tief hinein"

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Glaubwürdig bleiben

Die Regime haben sich nicht geändert

Über 500.000 Anträge auf Familienzusammenführung

Absage an die Sowjetzonenflüchtlinge

Einkommengrenze soll geändert werden

Zweierlei Maß für Rentner

Auszeichnung für Herbert WEHNER

SPD-Vertriebenen-Ausschuß tagt

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 63 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunschildstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8866 690

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Alarmierende Feststellungen

Bedrohliche Entwicklung am Wohnungsmarkt

sp - Die Warnung des Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen vor dem Abbau der Wohnungsbauförderung kann nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Wir haben immer noch einen großen Mangel an Wohnungen. Angebot und Nachfrage sind nicht ausgeglichen. In den weißen Kreisen gibt es starke Mietpreiserhöhungen. Auch die Baulandpreise erklimmen erstaunliche Höhen. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Bodenspekulation erwiesen sich mehr oder weniger als wirkungslos. Die Regierung hat eine Scheu davor, dieses heiße Eisen anzufassen. Hohe Baulandpreise steigern die Kosten für den Wohnungsbau.

Nach den Berechnungen des Städtebauinstituts, die sich auf statistisch erhärtete Unterlagen stützen, werde der Wohnungsbau mit Mieten von weniger als 4,- DM je Quadratmeter monatlich praktisch zum Erliegen kommen, wenn es bei der Kürzung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau bleibt und das Bundesfinanzministerium seine Absicht durchsetzt, die Bausparförderung rigoros einzuschränken. Das Institut schätzt den voraussichtlichen Bedarf an Wohnungen für den Zeitraum von 1966 bis 1970 auf 2,2 Millionen.

Öffentliche und private Bausparkassen haben in den vergangenen Jahren viel zur Linderung der Wohnungsnot beigetragen. Sie erwarben das Vertrauen von Millionen von Bausparern. Sie legten und legen ihre Mark beiseite, um in den Besitz eines Eigenheimes oder einer Eigentumswohnung zu kommen. Die hemmungslosen Auswüchse der Bodenspekulation machten für viele die Hoffnungen zunichte. Sie können nicht Schritt halten. Einen zweiten schweren Schlag haben sie durch die vom Bundesfinanzminister vorgesehene drakonische Einschränkung der Bausparförderung zu erwarten. Weiß der Bundesfinanzminister nicht, was sich an Tragödien am Wohnungsmarkt abspielt, ist er zu stark dem Ressortdenken verhaftet, das ihm den Überblick über eine Entwicklung versperret, die dem Städtebauinstitut den Anlaß für seine alarmierenden Feststellungen gab?

An früheren Warnungen, eine "Liberalisierung" auf diesem Sektor nicht zu weit zu treiben, solange der Wohnungsmarkt noch nicht gesättigt ist, hat es nicht gefehlt. Die parlamentarische Opposition hat wiederholt ihrer ersten Sorge über den schematischen Abbau der Förderungsmittel Ausdruck gegeben, vor allem befürwortete sie die Fortsetzung des sozialen Wohnungsbaus als Ausgleich für zu hohe Mieten. Die Warnungen fanden kein Gehör, sie blieben unbeachtet. Die Folgen konnten nicht ausbleiben. Am meisten sind davon die einkommensschwachen Schichten betroffen. Eine Überprüfung der bisherigen Wohnbaupolitik wird unvermeidlich sein, um einer bedrohlichen Entwicklung die Spitze abzubreaken.

Die Regierung vor die Entscheidung gestellt

rd. - Die Bergarbeiter haben für Freitag einen Warnstreik angekündigt und schon die Demonstrationen zur Stilllegung der Zeche Bismarck machten deutlich, daß sich von der Bergbaukrise nicht nur die Bergarbeiter betroffen fühlen; mit ihnen demonstrierten gegen die Versäumnisse der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und besonders der Bundesregierung die Einzelhandelskaufleute, Ärzte und sogar die Pfarrer. Vor diesem Hintergrund ist die Warnung Rainer Barzels auf dem CDU-Parteitag zu verstehen: man werde in Bonn nicht genügend Wasser zum Löschen haben, wenn es an der Ruhr zu brennen beginne. Die hier drohende soziale Explosion - die insbesondere die IG Bergbau und Energie vor eine hohe politische Verantwortung stellt, um uns vor sozialen Unruhen, wie wir sie kürzlich in der Borinage erlebten, zu bewahren - ist wohl der Anlaß, daß wir sehr plötzlich eine Inflation von Hilfsplänen für den Steinkohlenbergbau erleben.

Während Wirtschaftsminister Kienbaum, FDP, wie ein tollwutverdächtiger Terrier und aus Angst vor dem drohenden 10. Juli, dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen, unsichereißt und sowohl die Gewerkschaften als auch die Unternehmer als schuldig an der Bergbaukrise bezichtigt, bemüht sich der Bundeswirtschaftsminister Schmücker die Verantwortung für die Versäumnisse in der Energiepolitik des Bundes nach Brüssel zu verlagern. Er erwartet wohl selbst kein Energiekonzept von der Bonner-Regierung und hofft, diesen Mangel hinter dem tröstlichen Versprechen einer Revision des Vertrages über die Montanunion verstecken zu können. Doch diese Revision eines Vertrages, den man seit Jahren de facto außer Kraft gesetzt hatte, würde Jahre in Anspruch nehmen und sicher keine Abnahmegarantie deutscher Kohle durch die Partnerländer bringen.

In Vorbereitung auf die in der kommenden Woche im Landtag Nordrhein-Westfalen und im Bundestag anstehende Energiedebatte - die CDU fragt ihren Kanzler und früheren Wirtschaftsminister nach acht Jahren Versäumnissen nach seinem Energiekonzept - und auf der Suche nach Maßnahmen, die die soziale Unruhe an der Ruhr dämpfen sollen, haben die Landesregierung Nordrhein-Westfalen - allerdings ohne Kienbaum - und die Bundesregierung gemeinsam die Lage beraten. Ergebnis: Sie haben "begrüßt", daß sich die Wirtschaft entschlossen habe, gewissermaßen im Wege der Selbsthilfe eine Strukturgesellschaft ins Leben zu rufen, unter Mitwirkung und Beteiligung des Bundes und des Landes Nordrhein-Westfalen, um die Wirkung von Zechenstilllegungen durch Neuansiedlung von Industrien zu mildern. Als zweites verkündete die Landesregierung zur Beruhigung, sie werde 100 Millionen DE für die Anwendung sozialer Schäden für die Bergarbeiter bereitstellen.

Doch was hier die Regierung als anscheinend konkrete Entscheidung, die bald greifbare Ergebnisse erwarten ließe, "begrüßt", nämlich die Gründung einer Aktionsgemeinschaft Ruhr, ist zunächst nichts weiter als die Empfehlung des Bundesverbandes der deutschen Industrie an seine Mitgliedsverbände. Die vom BDI gegebenen Leitlinien enthalten nicht mehr als was seit langem diskutiert wurde: Daß stetiges Wirtschaftswachstum von preiswerter Energie bei freier Wahl der Energiequellen abhängt und zur Erhaltung eines leistungsfähigen Steinkohlenbergbaues "alle geeigneten" Maßnahmen ergriffen

werden müßten, um den Absatz von Kohle bei der Erzeugung von Energie und Stahl zu stabilisieren. Zugleich sei zur Lösung der Anpassungsschwierigkeiten des Bergbaus eine geordnete Rücknahme seiner Förderung durch weitere Zechenstilllegung unvermeidlich.

Auch das sind nur allgemeine Feststellungen, neben Empfehlungen, die 1. keine Verantwortung setzen und 2. nichts darüber aussagen, wer die Sache finanziert. Selbst wenn man bei der privaten Wirtschaft den ernsthaften Willen unterstellt, dem Bergbau und sich selbst aus der Krise zu helfen - was man von den verantwortlichen Regierungspolitikern, die sich hinter dieser Vermutung verstecken, nicht sagen kann - so dürfte es lange Zeit in Anspruch nehmen, bis diese Leitlinien und Empfehlungen an die Wirtschaftsverbände zu konkreten Ergebnissen führen. Aber weder der Bergbau noch die Bergarbeiter können warten.

Um Nägel mit Köpfen zu machen hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, nach Anhörung des Vorsitzenden des Unternehmensverbandes Ruhr-Bergbau, Hellmuth Burkhardt, des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, Dr. Düren und des Vorsitzenden der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Walter Arendt, zwei Gesetzesanträge beschlossen, über die der Bundestag anlässlich der Energiedebatte der nächsten Woche entscheiden muß. Hier wird die Regierungskoalition und die Bundesregierung sich nicht mehr um ihre Verantwortung drücken können, sondern Farbe zu bekennen haben. Schon in der Haushaltsdebatte hatte der SPD-Abgeordnete, Dr. Alex Möller, den ernsthaften Willen der Regierung, in der Bergbaukrise aktiv zu werden, in Zweifel gezogen, als er daraufhinwies, daß im Bundeshaushalt nicht ein einziger Pfennig vorgesehen ist, der über die bisher wirkungslosen Maßnahmen hinaus dem Bergbau und den Bergarbeitern hätte helfen können.

Die Gesetzentwürfe der SPD-Fraktion sehen vor: Änderung des Knappschaftsgesetzes und einen Gesetzentwurf zur Anpassung des Steinkohlenbergbaus und der Struktur der Steinkohlengebiete an die Lage auf dem Energiemarkt. Anpassungshilfen für die im Bergbau Beschäftigten. Im Knappschaftsgesetz sollen die Altersgrenzen für Untertagearbeiter von 60 auf 55 Jahre herabgesetzt und die Knappschaftsausgleichsleistungen bei Stilllegungen vom 50. Lebensjahr an gewährt werden. Der Strukturgesetzentwurf verpflichtet die Regierung zu Vorschlägen auf Errichtung einer Auffanggesellschaft für stillgelegte Zechen, die einer anderen gewerblichen und industriellen Nutzung zugeführt werden sollen, unter Bereitstellung öffentlicher und privater Mittel für das Bergschadenrisiko. Den Bergarbeitern soll durch soziale Ausgleichsmaßnahmen - Anpassungsbeihilfen, Lohn-, Fahrtkosten-, Umschulungs- und Umzugsbeihilfen sowie Lohnabfindung bei Entlassung in Höhe eines Jahreslohns - geholfen werden. Auch das Wohnrecht soll ihnen gesichert bleiben. Zu diesem Gesetzentwurf, der auch einen Finanzierungsvorschlag enthält, wird Regierung und Koalition Farbe zu bekennen haben.

Jetzt genügen keine Beruhigungsspielen mehr, nicht Hoffnung auf Revision des Montanvertrages und auf Selbsthilfe der privaten Wirtschaft. Was droht ist: nach 41 stillgelegten Schachtanlagen seit 1958, die Stilllegung weiterer 20 Zechen und nach 136 Mio. DM Einkommensverlusten der Bergarbeiter, weitere 20 Feierschichten allein in diesem Jahr. Darum die Unruhe an der Ruhr, die acht Jahre geduldig aber vergeblich auf Bonn wartete. Nun muß gehandelt werden!

Bereits 20 000 - 30 000 Chinesen in Nordvietnam

Von unserem Korrespondenten Erwin Erasmus Koch

Auch die Friedensvermittlungen General Ne Win's, des Staatschefs von Burma, sind gescheitert. Ein nach Paris zurückgekehrter, unmittelbarer Beobachter der Vorgänge in Hanoi, bestätigt, daß die Lao Dong, die KP Nordvietnams, zwar gespalten ist, daß aber der prochinesische Flügel unter dem Funktionär Le Duan, die Oberhand hat. Hinter Le Duan, dem Ersten Sekretär der Lao Dong, stehen in Hanoi zahlreiche Ratgeber von hohem Rang in der Peking-Hierarchie. Ho Chi Minh, auch diese Tatsache findet ihre Bestätigung, nimmt kaum noch politische Geschäfte wahr. Mit seiner Alterskrankheit geht der geistige Verfall weiter einher. Seit der Escalation des Krieges gegen Nordvietnam sind zwischen 20 000 und 30 000 Chinesen in Hanoi, in Haiphong, entlang der Küste, in den Industriezonen nördlich des Roten Flusses, an den zahllosen zerstörten Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien nach Rotchina eingesetzt worden, teils als "Berater" in den insgesamt nunmehr 90 Flugabwehrstellungen für Raketen, als "Berater" in der Flugzeugabwehr überhaupt, als "Berater" in der militärischen Ausbildung und in ideologischer Ausrichtung, als Pioniere und Wegbauer für die Instandsetzung der Eisenbahnen und des übrigen Verkehrsnetzes. Ungefähr 200 000 Mann rotchinesische Kampftruppen sind am Grenzverlauf mit Nordvietnam zusammengezogen.

Unter den hohen Kommandierenden der Volksarmee Nordvietnams ist offensichtlich die Spaltung ähnlich wie in der Lao Dong. Ein Teil der Befehlshaber spricht sich offensichtlich für ein Zusammengehen mit der Sowjetunion aus, wenn auch nicht im Affront Chinas, so doch gegen die unnachgiebige Haltung des Peking-Regimes. Der andere Teil der Kommandeure tritt für das Zusammenstehen und Zusammengehen mit China ein.

Die Rechnung erscheint einfach: Rund 350 000 Mann an Kampftruppen der Volksarmee und 270 000 kommunistische Streitkräfte in Südvietnam, zunächst also 620 000 Mann, müßten einer zehnfachen Übermacht gegenüberstehen, wenn sie im Guerilla-Krieg besiegt werden sollten. Die USA würden daher zu immer höherem Einsatz ihrer eigenen Soldaten gezwungen. Ein Rückgriff auf die 500 000 Mann Hilfstruppen von Taiwan würde das Eingreifen Rotchinas zur Folge haben. Das Jahr der Entscheidung rückt näher, 1968, das Jahr der Wahlen in den USA. Zweifellos in völliger Verkennung der Verhältnisse in den USA hofft die Regierung Phan Van Dong in Hanoi auf die Niederlage Johnsons und der "Kriegspartei" Washingtons.

Den Kommunisten wird es darum gehen, schon in nächster Zeit ihre Streitkräfte wesentlich zu vergrößern. Nach der bekannten, Mao Tse-tungs Erfahrungen nachgebildeten Strategie Vo Nguyen Giap, des Oberkommandierenden der Streitkräfte Nordvietnams, muß "der Feind tief hineingelockt" werden. Vor allem Laos und Nord-Thailand sollen weitere Kriegsschauplätze zur

Entlastung des Vietkong werden. Er ist immerhin in weit mehr Bedrängnis geraten, als es noch vor zwei, drei Jahren der Fall gewesen war. Dabei stellt sich eine äußerst bedeutsame strategische Feststellung heraus: Zugleich mit ungefähr 20 000 bis 25 000 regulären Truppen der nordvietnamesischen Volksarmee haben sich schätzungsweise insgesamt 50 000 bis 75 000 Mann des Vietkong im gebirgigen zentralen Vietnam angesammelt. Wenn die Einkesselung dieser ungefähr 100 000 Guerillas und Regulärer gelingt und selbst, wenn nur Teile dieser Streitmacht vernichtet oder gefangen werden, wäre Hanoi und Peking die schlimmste Niederlage bereitet. Sie würde zwar nicht den Krieg entscheiden, doch die Entscheidung wäre näher gerückt.

Das Hauptquartier der US-Streitkräfte hat diese große Möglichkeit voll erkannt. General Westmorelands Strategie sieht die Einkesselung vor, sie kann jedoch nur durchgeführt werden, wenn die Zahl der Kampfdivisionen eine weitere wesentliche Erhöhung erfährt. Nach den geltenden Regeln für die Niederwerfung von Guerilla-Aufständen müßten rund 500 000 Amerikaner und Alliierte gegen diese Massierung des Feindes antreten. Das läßt erkennen, was sich weiterhin mit der begrenzten Escalation verbinden wird.

In der Absicht des Vietkong und der Regulären aus Nordvietnam liegt einmal die Trennung Südvietnams in zwei Teile und weiter die Ausweitung des Krieges. Dabei stehen die Amerikaner vor der Zwangslage, daß sie auch den Nachschub für die Kommunisten aus Kambodscha abschneiden müssen. Mit der Bombardierung des Ho Chi Minh-Pfads allein ist es nicht getan. Auch Kambodscha, der Alliierte Rotchinas, würde zum Kriegsschauplatz. Die Küste müßte vom Süden bis vor Haiphong blockiert werden. Aber die Gewißheit besteht, daß es dann zu Zusammenstößen mit sowjetischen Geleitzügen kommen würde. Gerade darauf hoffen die Chinesen.

Sollte der Vietkong aber auf den erweiterten Kriegsschauplätzen mit seinen Kadern oder in Südvietnam in harte Bedrängnis geraten, dann gilt einmal das Eingreifen der Volksarmee Nordvietnams als sicher. Wäre auch dann - unter dem gewaltigen, gegenwärtig noch überhaupt nicht absehbaren Einsatz der Amerikaner an Menschen und Material - die Niederlage der Kommunisten nicht aufzuhalten, dann könnten Peking und Hanoi zum Verhandeln bereit sein. Jedoch es besteht ebenso die Gefahr der Intervention Rotchinas und der Sowjets.

Der erwähnte unmittelbare Beobachter der Vorgänge in Hanoi bestätigt, daß Pham Van Dong und die Lao Dong-Partei wie die Machthaber in Peking auf das Jahr 1968 ihre Hoffnungen setzen. Wenn der Krieg in Vietnam während des Präsidentschaftswahlkampfes in den USA immer noch ohne greifbare Resultate für die Streitkräfte der USA geblieben ist, dann könnte die öffentliche Meinung den Abzug der Amerikaner fordern. Es liegt also nahe, daß Johnson bald, nach der Zuführung erheblicher Truppenverstärkungen zu entscheidenden Aktionen, zu ersten Einkesselungen in Nordvietnam ausholt.